Plenum des Kölner Runden Tisches für Integration am 29. März 2022

An diesem Abend in der GGS An St. Theresia stand das Thema Bildungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. Im Vorfeld der Landtagswahl waren Vertreter*innen der Parteien zur Diskussion eingeladen.

Es nahmen teil:

für die SPD: **Carolin Kirsch**, ehemalige Leiterin des Schulverwaltungsamtes der Stadt Köln

für die CDU: **Dominik Kaven**, Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln

für Die Linke: **Carolin Butterwegge**, Erziehungswissenschaftlerin

für B 90/ Die Grünen: **Leon Schlömer**, Kreisvorstand der Grünen

Auch die FDP war eingeladen. Es gab jedoch keine Rückmeldung.

Der Input kam von den Schulleitern **Gregor Stiels**, von der Gemeinschaftsgrundschule An St. Theresia und **Martin Süsterhenn**, Leiter der Katharina Henoth-Gesamtschule; zwei Schulen, in denen jeweils der überwiegende Teil der Schüler*innen eine internationale Geschichte hat. Für den Kölner Runden Tisch für Integration moderierte **Anne Rossenbach** die Veranstaltung.

Der Austausch begann mit diesem Input:

Die Situation an der Grundschule An St. Theresia

160 Kinder besuchen die Grundschule, es gibt 8 Klassen (zweizügig), in denen jahrgangsübergreifend unterrichtet wird.

86 Prozent der Kinder haben Migrationshintergrund

84 Prozent der Kinder wachsen zweisprachig auf

75 Prozent der Kinder leben von Transferleistungen

65 Prozent haben erhöhten Förderbedarf, entweder bezogen auf ihre Lernfähigkeit oder hinsichtlich ihrer sozialen/emotionalen Kompetenz. Die Schule versucht alle diese Kinder zum bestmöglichen Abschluss zu bringen.

Schulleben in der Pandemie

Im Januar und Februar 2022 gab es täglich positiv auf Corona getestete Kinder. Zudem gab es immer wieder Ausfälle beim Personal, weil dieses selbst betroffen war oder wegen positiv getesteter Familienmitglieder in Quarantäne musste. Die Folgen:

1. Kinder mit positiven Testergebnissen wurden tagsüber nicht betreut.
2. Kinder lernen vor allem durch Kontakt und Nähe (Beziehungslernen). Der Wegfall des Präsenzunterrichts hat die direkte Kommunikation und die Beziehung unterbrochen. Dadurch fallen die Schüler*innen zurück und verlieren, was sie bereits erlernt haben. Digitale Medien bieten zwar auch eine Zugangsmöglichkeit zu den Lerninhalten, aber nicht die wichtigste -zumal sie an Voraussetzungen gebunden sind.
3. Verstärkt wird diese Problematik durch schwierige Lebensumstände: fehlende Unterstützung zu Hause, keine Rückzugsmöglichkeit, kein Arbeitsplatz, kein Rechner für Online-Unterricht.

Stichwort: Vorläuferfähigkeiten

Schulfähigkeit bedeutet, dass Kinder bestimmte zu Hause erlernte Fertigkeiten mitbringen, um den Schulalltag bewältigen zu können. Dazu zählen neben der Wahrnehmungs- und Konzentrationsfähigkeit, dem Wortschatz, einem Grundverständnis für Logik und Symbolgebrauch, sowie Sozialverhalten auch Alltagserfahrungen wie ein fester Tagesablauf, regelmäßige und gesunde

Ernährung, Bewegung, Ausgeglichenheit. Die Erfahrung zeigt, dass das, was in der Verantwortung der Eltern liegt, nicht durchgängig vorausgesetzt werden kann. Es geht sogar so weit, dass schulpflichtige Kinder der Schule einfach fernbleiben.

Die Situation an der Katharina Henoth-Gesamtschule

In der Katharina Henoth-Gesamtschule werden 1330 Kinder und Jugendliche aus 46 Nationen unterrichtet. 90 Prozent der Schüler*innen haben Migrationshintergrund. Einzugsbereich ist „Hövi-Land“, also die Stadtteile Vingst – Höhenberg, die zu den ärmsten der Stadt zählen. Viele Kinder haben nichts – auch keine Internetverbindung. Laptop, Tablet? Fehlanzeige, maximal ein Handy. Manche Mutter musste sich im Lockdown überlegen, ob sie mit dem ihr zur Verfügung stehenden Geld ein mobiles Datenguthaben für den Online-Unterricht oder Lebensmittel einkauft. Das besserte sich durch großzügige Spenden für Geräte und Prepaid-Karten.

Personalausstattung

Im Schuljahr 2020/21 wurde der Sozialindex eingeführt, der Schulen nach neun Belastungsstufen kategorisiert. Je höher die Zahl, desto mehr Herausforderungen erschweren den Unterrichtsalltag. Als Belastungsfaktor gilt die Quote von Kindern, deren Familien Transferleistungen beanspruchen, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird und die erhöhten Förderbedarf haben (Sprache, Lernfähigkeit, Defizite in der emotionalen/sozialen Entwicklung. - Was der Sozialindex nicht berücksichtigt: Wie ist die Personalausstattung und wie sind die Arbeitsbedingungen? Wie entscheidend diese beiden Faktoren sind, machte Herr Süsterhenn mit diesem Beispiel aus seinem Alltags als Schulleiter deutlich: Auf die Stellenausschreibung der Katharina Henoth-Gesamtschule für eine Regelschulkraft gab es in einem Jahr keine einzige Bewerbung.

Reaktionen des Podiums:

Carolin Butterwegge: Nicht nur in die Schulen, sondern auch die Ausbildung von Lehrkräften muss mehr investiert werden. An den Universitäten fehlen ebenso Räume und Personal, um Lehrer*innen ausbilden zu können. Es müssen deutlich mehr Lehrkräfte bezahlt werden. Eine Klassenstärke von 30 Kindern ist zu hoch. Vor allem, wenn Kinder mit erhöhtem Förderbedarf und Flüchtlingskinder in den Klassen mehr Aufmerksamkeit brauchen, funktioniert das nur, wenn die Klassengrößen verringert werden.

Dominik Kaven: Die meisten Ressourcen müssen zu den Schulen mit dem höchsten Bedarf. Eine Maßnahme zur aktuellen Verbesserung können Schulverwaltungsassistenten sein, die die Lehrkräfte entlasten.

Carolin Kirsch: Es gibt gute Schulen – aber zu wenige. Es gibt auch zu wenig Studienplätze, um Lehrkräfte auszubilden. An der Uni muss man ansetzen und überlegen, wie man mehr Menschen schneller an die Schulen bringt. Grundschulen haben vielfältige Aufgaben, sie sollten zu Familienzentren ausgebaut werden, damit nicht die Lehrer*innen zusätzlich zu ihrem Unterricht die umfangreichen Beratungsleistungen erbringen müssen. Zudem wäre mehr Flexibilität hilfreich. Die Schulen wissen selbst am besten, welche Unterstützung ihnen helfen würde. Autonomie anstelle vereinheitlichter Regelungen könnte ebenfalls entlasten.

Leon Schlömer: Es herrscht große Einigkeit hinsichtlich der aktuellen Schulprobleme. Es gibt keinen Erkenntnismangel, vielmehr ist die Umsetzung von Lösungsansätzen das Problem.

Anmerkung aus dem Publikum:

Die Eltern von Gymnasiasten sind engagiert und laut. Sie finden in der Presse Gehör, wie jetzt, wo es um die Schulplätze geht. Aber es fehlen noch viel mehr Plätze für Gesamtschüler. Deren Eltern sind weniger durchsetzungsstark und weniger repräsentiert.

Elternarbeit und Mehrsprachigkeit

Aufholen nach Corona, das schaffen die Schule nicht allein. Unterstützungskräfte stellen eine wichtige Entlastung dar. So werden Kinder, die dem Unterricht nicht folgen können, immerhin betreut, sagte Gregor Stiels. Es braucht „Andocker*innen“ die die Brücke zu den Eltern bilden. Wenn Lehrkräfte Sprachtherapiebedarf feststellen oder Kindern zu einer Psychotherapie raten, dann bleibt das häufig folgenlos. Die Eltern machen nicht mit, weil sie nicht wissen, welche Schritte dafür notwendig sind.

Eltern, die nicht gut Deutsch sprechen, haben Nachteile und bringen sich daher weniger ein. Vielen Kindern fehlen gute Sprachvorbilder. Was sie hauptsächlich sprechen ist „Kanackisch“, weil es das ist, was um sie herumgesprochen wird.

Gleich mehrere Fachstellen kümmern sich um das Thema Mehrsprachigkeit: Die Stadt, das Zentrum für Mehrsprachigkeit, Land, Universität. Es gibt Förderprogramme wie KOALA („Koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht“) zur Unterstützung. Die Herkunftssprache ist ein Plus, eine zusätzliche Ressource. Es gilt darauf aufzubauen und sie zu würdigen. Allerdings: Es gibt viele deutsche Eltern, die ein Problem damit haben, ihr Kind in eine Schule zu schicken, in der nicht ausschließlich Deutsch gesprochen wird. Zudem sind Lehrpläne sind nicht so flexibel, dass man zum Beispiel Türkisch als Leistungskurs anbieten könnte.

Aus dem Publikum wurde ergänzend auf die Bedeutung außerschulischer Lernorte hingewiesen. „Pädagogik braucht Raum“, hieß es dazu. Es gehe um viel mehr, als um reine Wissensvermittlung. Die Schüler brauchen Unterstützung bei der Berufsvorbereitung, sie brauchen Menschen, mit denen sie sich über den Ukrainekrieg austauschen können und die sie auf das Leben vorbereiten.

Was sich in Schulen ändern muss:

- Schule sollte sich öffnen für Erziehungspatenschaften. Es wäre wichtig, dass nicht nur Lehrkräfte, sondern auch andere Professionen eingebunden werden.
- Man muss sich darauf einstellen, dass viele Eltern eine andere Familiensprache haben. Eine deutschsprachige Email erreicht viele nicht. Es braucht die Anwesenheit von Dolmetschern bei Elternabenden und mehrsprachige Infoblätter, damit wichtige Informationen ankommen und verstanden werden.
- Es braucht Beziehungsarbeit, damit Eltern und Lehrer ein Team bilden. Eine Hilfe für den Vertrauensaufbau sind „Rucksackprogramme“. Ebenso wie Elterncafé bilden sie einen wichtigen Baustein der Elternarbeit.
- Es müssen mehr Andocker*innen (Schulbegleiter*innen) eingesetzt werden.
- Kinder sollen in Entscheidungen, die das Schulgeschehen betreffen, einbezogen werden. Wenn die Schüler lernen, wie in Klassen- und Schulparlamenten diskutiert und entschieden wird, erfahren sie, wie Veränderungen möglich werden und was Demokratie bedeutet.
- Auch das Wahlrecht für Nicht-Deutsche kann dazu beitragen, dass sich Eltern einbringen und verantwortlich fühlen, weil sie damit Einfluss ausüben können.

Carolyn Kirsch: Die Problematik zeigt sich schon im Elementarbereich. Viele Kinder haben weder in

der Elternsprache, noch im Deutschen solide Sprachkenntnisse. ZMI und KI Köln sind gut aufgestellt, was die strukturellen Grundlagen angeht. Es gibt zahlreiche Angebote für Eltern in der Herkunftssprache. Es beraten Menschen, die sich hier bereits etabliert haben und die Geschichte der Eltern kennen. Ein Manko ist jedoch, dass diese Kräfte für die Beratungsleistungen oft nicht angemessen honoriert werden.

Anmerkung aus dem Publikum:

Sema Tunc, Sozialarbeiterin der GGS An St. Theresia berichtete aus ihrer Praxis: „Wir haben fantastische Eltern, die aber täglich mit Überleben beschäftigt sind. Wir sind hier unter uns, weil sich viele Eltern fremd fühlen, wenn sie Elternabende oder vergleichbare Veranstaltungen besuchen.“ Sie selbst spreche Deutsch und Türkisch und kann oft Kinder mit türkischen Eltern nicht verstehen. „Auch da fehlt die Bildungssprache dahinter.“ Meinte sie.

Sich beteiligen, auch das müsse man lernen, sagte Ludger Reiberg. „Die Eltern müssen angeleitet werden, wie Beteiligung geht.“ Von 133 Grundschulen sind 16 auf Mehrsprachigkeit und interkulturelle Elternarbeit ausgerichtet, wusste er. Damit zeige sich auch, welches Leitbild unsere Schullandschaft hat. Die Schulen haben es je nach Kontext mit überengagierten Eltern oder Eltern, die ums Überleben kämpfen zu tun.

Von der Kita in die Grundschule – von der Grundschule in die weiterführende Schule

Die Übergänge sind jeweils neuralgische Punkte. Es gilt zu prüfen, wie die Kinder interagieren und auf welchem motorischen und sozialen Entwicklungsstand sie sind. Verfügen sie über die Vorläuferfähigkeiten, so dass sie den Wechsel gut bewältigen können? Hierbei ist Elternarbeit extrem wichtig. Doch ein Elterncafé kostet Lehrerstunden. Dabei sind die Anforderungen an die Lehrkräfte in den letzten Jahren ohnedies erheblich gestiegen: Durch Inklusionsmaßnahmen und durch signifikant erhöhten Förderbedarf hinsichtlich der emotionalen und sozialen Entwicklung der Kinder. Viele sind geradezu „sprachlos“ und: „Wer nicht sprechen kann, kann auch nicht denken.“

Fazit der Ausführungen:

- Schulen wurden kaputtgespart.
- Es fehlen Räume und angemessene Ausstattung.
- Es fehlen langfristige Perspektive für das Personal, anstelle von Jahresverträgen oder Projektverträgen.
- Es braucht multiprofessionelle Teams, um den Aufgaben von Schule gerecht zu werden
- Die Bezahlung muss neu geordnet werden und sich nach Leistung richten und nicht nach Laufbahn.
- Das Bildungssystem ist zu wenig darauf ausgerichtet, dass benachteiligte Kinder durch gut Bildung gestärkt werden.

Leon Schlömer: Gerade dem letzten Punkt stimmte er zu: „Es gibt Glücksfälle, aber nicht alle, die sich anstrengen, schaffen es aufzusteigen. Und wenn die Eltern sich tagsüber abrackern, schaffen sie es am Abend vielleicht nicht mehr in die Schulpflegschaft.“

Auch **Carolin Kirsch** konstatierte: „Unser Schulsystem segregiert. Wir müssen Schule anders denken und mehr Kompetenzen ins Team holen – nicht ausschließlich Lehrer.“

Dass das Problem viel umfangreicher sei, darauf wies **Carolin Butterwegge** hin. Die sozioökonomische Ungleichheit belaste nicht nur die Schulen. „Das Problem heißt Kinderarmut. Wo bleibt das Geld für Bildung, wo doch 100 Milliarden für Rüstung ausgegeben werden können? Wie kommen die Lehrer an die Schulen? Es gibt so viele offene Stellen. Man müsse auch das Problem der Verteilung in den Blick nehmen und überarbeiten.“ Ihrer Meinung nach, führt kein Weg an einer stärkeren Besteuerung der höheren Einkommen vorbei, um mehr Chancengerechtigkeit herzustellen.

„Die CDU kann nur Politik für Reiche machen“, so beschrieb Eli Abeke seine Erfahrungen. Alle Bemühungen des Integrationsrats, alle Anträge im Sinne von benachteiligten Schulkindern seien an der CDU gescheitert. Dort werde an Privilegien festgehalten, die die Menschen aus anderen Kulturen hier einfach nicht haben.

Die eindrücklichen Schilderungen des Schulalltags hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Die als Diskutanten eingeladenen Gäste waren in diesem Plenum eher Zuhörende, das wurde in der Schlussrunde von allen hervorgehoben. „Der schlanke Staat“, damit schloss Wolfgang Uellenberg-van Dawen die Veranstaltung „ist heute eine Ruine. Die Opfer des Abbaus standen heute Abend im Mittelpunkt.“